

Von der Schwierigkeit Republikaner zu sein Die gestörte Verfassungsfeier 1927 in Gießen

Ernst Dieter Nees

Einführung

In Hessen schien während der zwanziger Jahre die neue republikanisch-demokratische Staats- und Herrschaftsform fester verankert und mehr akzeptiert zu sein als in den anderen Ländern des Deutschen Reiches. Die Parteien der Weimarer Koalition, SPD, Zentrum, DDP erreichten bei Landtagswahlen jeweils deutlich über 50 % der Stimmen und konnten stabile Regierungsbündnisse eingehen. Dennoch gab es interne Spannungen, vor allem nach 1924 wurde die Zusammenarbeit schwieriger und der Druck der rechten Oppositionsparteien stärker. Die Sozialdemokraten als führende Kraft stellten fest: "Besonders das Zentrum und in einzelnen Fällen auch die Demokraten bekannten sich nicht zu einer entschlossenen Politik im eigentlichen Sinne der Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung"¹.

Auch bei den öffentlich geführten Diskussionen über politische Grundsatzfragen befanden sich in Hessen, wie überall im Reich, die Anhänger des neuen Staatssystems von Anfang an und auf Dauer vielfach in der Defensive. Ihr Eintreten für die eigene politische Überzeugung bestand überwiegend im Reagieren auf haßerfüllte Angriffe national-konservativer Monarchisten sowie radikal völkischer und linksextremer Gruppen². Gerade an zwei Formen staatlicher Selbstdarstellung, nämlich der Flaggenfrage (nationale Farben) und den Verfassungsfeiern (Nationalfeiertag) entzündeten sich bekanntlich immer wieder heftige Auseinandersetzungen, trat gleichfalls aber oft auch das "gebrochene Selbstverständnis"³, eine innere Schwäche der staatstragenden demokratischen Parteien zutage. Eindeutigkeit, bekennerhaftes, mutiges uneingeschränktes Eintreten für die neu geschaffene Staatsordnung war eher selten und erreichte bis zu einem gewissen Grade Aufsehen.

Das folgende Beispiel mag zur konkreten, ortsbezogenen Veranschaulichung der zuvor skizzierten und in der Fachliteratur allgemein beschriebenen Problematik beitragen, zugleich indes helfen, die Erinnerung an diejenigen zu bewahren, die unerschrocken aktiv für die Ideale der Weimarer Republik kämpften.

-
- 1 Jahrbuch der Sozialdemokratie 1927, S. 439; zur Stärkung des rechtsbürgerlichen Elements im Zentrum auf Reichsebene s.M. Vogt: Parteien in der Weimarer Republik, in Bracher/Funke/Jacobsen: Die Weimarer Republik 1918-1933, Bonn 1987, S. 148 f.
 - 2 Gesamtkomplex, wie allgemein geläufig, ausführlich dargestellt u.a. bei K. Sontheimer: Antidemokrat. Denken in der Weimarer Republik, München 1968; Bracher/Funke/Jacobsen: Die Weimarer Rep. 1918-1933, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1987; H. Schulze: Die Deutschen u. ihre Nation, Weimar, Deutschland 1917-1933, Berlin 1982; P. Gay: Die Republik der Außenseiter, Frankfurt 1970.
 - 3 Klaus W. Wippermann: Polit. Propaganda u. staatsbürgerliche Bildung, Bonn 1976, S. 302.

Der Zwischenfall

Alle Bemühungen, den Jahrestag der Weimarer Verfassung durch gesetzliche Regelung reichseinheitlich zum nationalen Feiertag zu machen, waren bis zum Jahre 1927 gescheitert⁴. Entsprechende Initiativen im Reichstag und Reichsrat erfuhren immer wieder dilatorische Behandlung, eine zustimmende Mehrheit vor allem im Reichstagsplenum erschien kaum je als wahrscheinlich. Nur Baden hatte den 11. August offiziell zum Staatsfeiertag erklärt. Dies war zunächst 1923 auf dem Verordnungsweg geschehen, ein Antrag der Rechtsparteien im Badischen Landtag, diesen Feiertag wieder abzuschaffen, wurde allerdings im Jahre 1927 abgelehnt und damit die Einführung gewissermaßen nachträglich parlamentarisch legitimiert.

In Hessen fanden am Verfassungstag seit 1922 staatlich organisierte öffentliche Feiern statt. Die Schuljugend bekam nach kurzem Gedenken schulfrei, ein Großteil der Beamten Dienstbefreiung. Die Regierung wünschte, daß besonders die Provinzialhauptstädte und Kreisstädte bei einer angemessenen, würdigen Ausgestaltung der amtlichen Feiern mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Für die Republikaner bedeutete dies alles "leere, hohle Mache", sie riefen mehr oder weniger zum Boykott auf und freuten sich höhnisch über die mancherorts festzustellende Zurückhaltung der Bevölkerung. "Wie wenig bringen es diese hunderprozentigen Republikaner fertig, die Republik beliebt zu machen", lautete die Agitation. "Gesteht, daß der Flaggenwechsel ein Fehler war! Rückt ab von den falschen Propheten der nationalen Knochen-erweichung! Ein Geschlecht, das seine große Vergangenheit leugnet und schmäht, schlägt sich selbst ins Gesicht. Ein Volk, das im Weltkrieg trotz des schließlichen Zusammenbruches so viel unerhört Großes geleistet hat, braucht seinen Blick vor niemand zu senken. Und werdet nicht schon nervös, wenn eine Regimentsfeier abgehalten wird".⁵

Am 11. August 1927 begann in Gießen das Gedenken an den Verfassungstag um 12 Uhr mittags mit einem viertelstündigen Geläut der evangelischen Kirchen. Der Festakt fand, wie in den Jahren zuvor, am Abend um 20.15 Uhr im gutbesetzten Stadttheater statt. Er wurde eingeleitet von der Musikkapelle des 1. Bataillons Infanterieregiment 15 mit Ludwig van Beethovens Egmont-Ouvertüre. Danach begrüßte Provinzialdirektor Graef die Festversammlung. Laut Bericht des Gießener Anzeigers⁶ stellte er unter anderem fest, man könne als erfreulichen Fortschritt verzeichnen, "daß die Frage der Staatsreform lange nicht mehr so umstritten werde,

4 Übersicht über die Entwicklung, besonders auch in Hessen, s. Parlament im Kampf um die Demokratie, der Landtag des Volksstaates Hessen 1919-1933, bearb. u. herausgg. von E.G. Franz u. M.Köhler, Darmstadt 1991, S. 412 f.

5 Friedberger Neue Tageszeitung 11.08.1928; auch 11.08.1924: "Seit 5 Jahren hat das deutsche Volk eine Reichsverfassung, die als freieste der Welt in der sozialist. Frauenzeitschrift 'Frauenwelt' gepriesen wird. Das Maß der Freiheit, das dem deutschen Volke unter diesem Staatsgrundsatz geboten wird, beleuchtet Art. 178 der Reichsverfassung in folgendem Satz: Die Bestimmungen des am 28. Juni in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages werden durch die Verfassung nicht berührt. Also das Diktat von Versailles bricht das Reichsrecht u. der Diktator des deutschen Volkes ist die Reparationskommission der Entente".

6 1. Blatt 12.08.1927.

wie noch vor zwei Jahren". Ganz im Stil der bei dieser Gelegenheit üblichen "konfliktvermeidenden Enthaltbarkeit" (K.W. Wippermann) mit Hinweisen auf Notsituationen und der Beschwörung des Gemeinschaftsgedankens forderte er auf zu Liebe und Verantwortungsgefühl "für die Zukunft von Volk und Reich". Im Anschluß an ein Chorlied des Gesangsvereins 'Heiterkeit' und Richard Wagners 'festlichem Zug zum Münster' (Lohengrin), gespielt von der Militärkapelle, hielt Oberstudienrat i.R. Prof. Hüter die Festrede.

Er ging bei seiner Betrachtung aus von der Krisensituation am Ende des Krieges, von der Notwendigkeit eines Neuaufbaus des Staates auf neuer Grundlage und mit neuen Formen, wie es seinerzeit Hindenburg in einem Brief an Ebert formulierte. Übernehmen wir nun direkt den Text des Gießener Anzeigers: "Der Redner erinnerte weiter an die Not- und Elendstage der jüngsten Vergangenheit, an das grausame Versailles, den Ruhreinbruch der Franzosen, die noch immer andauernde Besetzung wertvoller Teile des Deutschen Reiches durch fremde Truppen, sowie an die Zeit des Bürgerkriegs. Trotz mancher Unausgeglichenheiten und widriger Dinge, von denen er verschiedene Einzelheiten zum Teil mit beißender Kritik erwähnte, wollte man in dieser Stunde aber einem frohen Optimismus huldigen. Formal habe die Republik vollständig gesiegt; denn zu den Herzensrepublikanern, die seinerzeit die Weimarer Republik geschaffen hätten, seien die sogenannten Vernunft-Republikaner hinzugekommen, und diesen seien im letzten Jahre noch die Muß-Republikaner gefolgt, womit der Redner die Deutschnationale Volkspartei meinte, deren Politik er dabei mit kritischen Bemerkungen betrachtete. Nunmehr ließ der Redner eine weit abgesteckte Betrachtung der deutschen Geschichte folgen, die immer nur "eine Fürstengeschichte" gewesen sei und ging dabei die einzelnen Epochen unter dem Gesichtswinkel republikanischer Einstellung durch. Hierbei kritisierte er in der Hauptsache die Fürsten und dabei insbesondere wiederholt mit ausgesprochener Schärfe die Hohenzollern, namentlich auch den früheren Kaiser Wilhelm II. Bei diesem Teil der Ansprache fiel gar manches Wort, das in den Kreisen der sogenannten "Vernunft- und Muß-Republikaner", deren innere Umstellung sich nicht so rasch vollzieht, sehr peinlich berührte und jedenfalls leider nicht dazu beigetragen hat, das Moment des bisherigen Trennenden noch weiter in den Hintergrund zu schieben. Als der Redner in diesem Zusammenhang mit großer Schärfe das frühere monarchische Regime und seine Spitze erörterte und dabei stark parteipolitisch sich aussprach, kam es zu einem Zwischenfall. Der Kommandeur unseres Bataillons und die in seiner Begleitung befindlichen Offiziere, sowie die zahlreich erschienenen Unteroffiziere und kurz darauf auch die Militärkapelle verließen den Theatersaal, wobei bei dem Fortgang der Kapelle Pfuirufe aus dem Publikum ertönten. Der Redner feierte zum Schluß Gießen und Oberhessen, die einen Friedrich Gottfried Welcker, Weidig-Butzbach, Georg Büchner-Darmstadt, Karl Vogt, Rübsamen, Gutfleisch und Wilhelm Liebknecht ihr eigen nennen konnten, deren Wirken er gleichfalls verherrlichte. Mit dem Bekenntnis zur Republik und der Aufforderung, an die Ideale des neuen Volksstaates zu glauben und an deren Erringung mitzuarbeiten, schloß der Redner seine von starkem Beifall gefolgt Ausföhrungen". Nach einem Liedvortrag des Gesangsvereins 'Eintracht'

brachte Provinzialdirektor Graef das Hoch auf das deutsche Vaterland aus, dem der gemeinsame Gesang der Nationalhymne folgte. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unternahm anschließend einen Fackelzug durch die Hauptstraßen der Stadt.

Der Zwischenfall erregte beträchtliches Aufsehen und löste Diskussionen aus, die weit über Gießen hinausgingen. Einerseits fühlten sich die Republikaner vom störenden Auszug der Reichswehrangehörigen provoziert, ja bestätigt in ihrer Auffassung, daß große Teile der Armee dem Volksstaat gegenüber grundsätzlich ablehnend eingestellt seien. Dies drückte beispielsweise ein Kommentar der Berliner Vossischen Zeitung aus, in dem es hieß: "Der neue Fall wirkt besonders aufreizend, weil er an die vielen Fälle erinnert, in denen Offiziere der Reichswehr und Truppen der Wehrmacht an Veranstaltungen teilgenommen haben, die für jeden Unbefangenen einen deutlich monarchistischen, also staatsfeindlichen Charakter trugen, ohne daß je einer der Herren Anstalten gemacht hätte, für den Staat und die Verfassung zu demonstrieren, der er den Treueid abgelegt hat."⁷ Sie sahen eine einseitige Parteinahme auch in diesem Vorfall zugunsten von DNVP und DVP. Nachdem er von Provinzialdirektion und Gießener Polizeiamt Informationen eingeholt hatte, protestierte der hessische Staatspräsident Carl Ulrich in einem Schreiben an den Reichswehrminister gegen "die bewußte Störung der behördlich arrangierten Verfassungsfeier", die als eine "Demonstration gegen republikanische Staatsgesinnung zu betrachten sei".⁸

Andererseits wurde Hüter vorgeworfen, aggressiv und beleidigend eine völlig verfehlte Ansprache gehalten zu haben. Die Gießener Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei beispielsweise protestierte durch ein Schreiben an den Oberbürgermeister und den Provinzialdirektor (mit Abschrift an den hessischen Innenminister und den Staatspräsidenten) scharf gegen die Rede, als einen Versuch "eine überparteiliche Volksfeier auf das Niveau einer sozialistischen Funktionsversammlung herabzudrücken". Die DVP begrüße die Haltung des Reichswehrkommandeurs, der die Taktlosigkeiten des Redners gebührend gekennzeichnet habe⁹. Und der Gießener Anzeiger stellte in einem "Nachwort" zur Verfassungsfeier fest: "Wer gekommen war in dem Glauben, bei dieser Gelegenheit eine Rede großzügiger, geistvoller Art, der Voranstellung des Einigenden und der bewußten Ausschaltung alles Trennenden zu hören, der sah sich bitter enttäuscht. Statt dessen vernahm man in dieser Hauptrede der Veranstaltung nur den Niederschlag der politischen Ansichten des Parteimannes, dessen Ausführungen wohl nach dem Herzen seiner Parteifreunde gewesen sein mögen, die aber der Größe und den Erfordernissen einer Verfassungsfeier nach unserer Meinung nicht gerecht wurden"¹⁰. Bezeichnenderweise empfahl die Zeitung als beispielhaft die Berliner Rede des DVP-Reichstagsabgeordneten Siegfried von

7 Zitiert nach Darmstädter Zeitung 13.08.1927.

8 Darmstädter Zeitung 20.08.1927.

9 Gießener Anzeiger 25.08.1927; zur Stärke der Rechtsparteien in Gießen, s.E. Knauß MOGH Bd. 45, 1961, S. 54, 59.

10 1. Blatt 13.08.1927.

Kardorff und plädierte dafür, künftig vor allem "Worte der Versöhnung, der Hinlenkung zu den hohen Zielen der wahren Volksgemeinschaft zu sprechen".

Ein entschiedener Republikaner

Von nebulösen Phrasen, schillernden Worthülsen, aber auch dem übermäßig skrupulösen, fast ängstlichen Sichzurückziehen auf sogenanntes nationales Kulturgut (so in manchen Empfehlungen der Reichszentrale für Heimatdienst für Verfassungsfeiern) hielt allerdings gerade Ludwig Hüter nichts. Der gebürtige Darmstädter¹¹ war 1889 in das Kollegium des Gießener Gymnasiums (LLG) eingetreten. "Seine lautere, jeder Verschwommenheit abholde Gesinnung, sein klarer, das Wesentliche sofort erfassender Verstand"¹² verschafften ihm bald allseitige Anerkennung. Er ging geradlinig seinen Weg, verleugnete nie seine politische Grundüberzeugung. Freundschaft verband ihn mit dem gleichfalls zeitweise am Gymnasium tätigen Dr. Eduard David, dem Begründer der Mittelhessischen Sonntagszeitung, aus der später die Oberhessische Volkszeitung hervorging. Hüter betätigte sich als Mitarbeiter bei diesem Blatt und entschloß sich, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu werden. Er bekannte sich nach 1918 uneingeschränkt zur demokratischen Republik, zu den Werten der Weimarer Verfassung. Sein Eintreten für weltanschaulichen Pluralismus und Toleranz fand jedoch da die Grenze, wo auf die Beseitigung des neuen politischen Systems hingearbeitet wurde. Es allein, meinte er, biete nämlich die Voraussetzung für ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Zusammenleben und die angestrebte Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit. Deshalb dürfe man beispielsweise nicht zulassen, daß Republikgegner wichtige staatliche Ämter besetzt hielten und ihre dadurch gegebenen Möglichkeiten nutzten, um zerstörerisch zu wirken.

Mit Gleichgesinnten gründete Ludwig Hüter am 21. Januar 1922 eine Ortsgruppe Gießen des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes, einen ersten Aufruf zum Beitritt unterzeichneten 34 Lehrerinnen und Lehrer aus den Bereichen Universität, höhere Schulen und Volksschulen, einschließlich Berufsschule¹³.

11 geboren 23.11.1861, gestorben 9.12.1940 in Gießen.

12 aus Jahresbericht des Gymnasiums für das Schuljahr 1926/27 anlässlich Hüters Pensionierung; er unterrichtete die Fächer Griechisch, Latein, Deutsch und Staatsbürgerkunde; zum folgenden s. auch Oberhess. Volkszeitung 23.11.1931 u. Der Wegweiser 9. Jahrg. 1932, Nr. 1

13 Gießener Anzeiger 11.02.1922; um einen Eindruck von Bedeutung und Zusammenfassung dieser Gruppe zu vermitteln, seien an dieser Stelle die Namen mit jeweils kurzem, erläuterndem Zusatz wiedergegeben. Von der Universität unterzeichneten: Ernst v. Aster (Ordinarius f. Philosophie u. Pädagogik), Paul Cernak (außerordentl. Prof. für Physik), Robert Arnold Fritzsche (Oberbibliothekar der Univ. Bibl.), Hugo Hepding (außerordentl. Prof. für Klass. Philosophie), Georg Honigmann (Dr. med., Lehrbeauftr. für Gesch.d. Medizin), Walter Kinkel (Hon. Prof. f. Philosophie), Kurt Koffka (außerordentl. Prof. für experiment. Psychologie), Wolfgang Mittermeier (Ordinarius der jurist. Fakultät), Karl Schaum (ordentl. Prof., Direktor d. physikal.-chem. Instituts), Karl-Ludwig Schmidt (ordentl. Prof. f. evang. Theologie), Karl Uller (außerordentl. Prof. f. Physik), Oswald Weidenbach (Lehrbeauftr. f. Soziologie). Von den Volksschulen unterzeichneten: Julius Biedenkopf (Lehrer an d. Stadtknabenschule/Pestalozzischule), Wilhelm Dietz (Volksschule Lich), Fritz Euler (Lehrer an der

Der Bund wollte - verkürzt dargestellt - mehr Jugendliche für die Republik gewinnen und zögernde, innerlich unsichere Lehrer überzeugen; denen helfen, die antirepublikanischen Pressionen ausgesetzt waren. In einer Entschließung aus dem Jahre 1924 heißt es, die Ortsgruppe Gießen fordere "unbedingt Wahrhaftigkeit in der Lehrtätigkeit auf allen Wissensgebieten" und verwerfe jede tendenziöse Darstellung, gleichgültig in welche Richtung diese Tendenz weise. "In der Schulverwaltung will sie wirken für die Ausmerzung wertloser Literatur aus den Büchereien der Schulen und ihre Ersetzung durch solche Schriften, die zu Wahrhaftigkeit und sozialer Gesinnung erziehen und für die Umgestaltung der Lehrbücher in gleichem Sinne". Gravierende Fälle von Propaganda gegen die Republik, von Anfeindungen und Schädigungen republikanisch eingestellter Lehrer und Schüler sollten geklärt und durch Aussprachen erledigt werden. "Die Ausforschung gegnerischer politischer Gesinnung und Berichterstattung hierüber lehnt die Ortsgruppe grundsätzlich ab." Schließlich wollten sich die Mitglieder auch im privaten Leben "unter Nichtachtung aller Unterschiede der Klasse, des Standes, der Partei und des Bekenntnisses" beispielgebend verhalten¹⁴. Anregende Vorträge, Tagungen (Art republikanische Fortbildungsveranstaltungen), Bereitstellung von Materialien (hauptsächlich auch für das Fach Staatsbürgerkunde) rundeten die Bestrebungen des Republikanischen Lehrerbundes ab. Neben Wilhelm Loos und Prof. Ernst von Aster wurde Ludwig Hüter in den Vorstand gewählt. Hier, nicht in der Parteiarbeit, fand er sein eigentliches Betätigungsfeld. Seinem intensiven Arbeitseinsatz war es mit zu verdanken, daß sich die Organisation allmählich über Hessen hinaus in vielen Teilen des Reiches verbreitete.

Stadtmädchenschule/Schillerschule), Martin Fischer (Rektor an der Bezirksschule/Goetheschule, später Kreisschulrat), Luise Flick (Lehrerin an der Bezirksschule/Goetheschule), Pauline Grossert (Lehrerin an der Stadtmädchenschule/Schillerschule), Otto Grünebaum (Lehrer an der Bezirksschule/Goetheschule), Ernst Hahn (Lehrer an der Volksschule Hungen), Friedrich Huf (Lehrer an der Berufsschule), Heinrich Huth (Lehrer an der Bezirksschule/Goetheschule), Wilhelm Loos (Rektor der städt.Knabenschule/Pestalozzischule), Friedrich Ost (Lehrer an der Stadtknabenschule/Pestalozzischule), Ernst Ploch (Lehrer an der Volksschule Lollar), Johannes Reul (Rektor an der Bezirksschule/Goetheschule), Hermann Schmidt (Rektor der Berufsschule i.E.). Von den höheren Schulen unterzeichneten: Wilhelm Hahn (Oberlehrer am Realgymnasium), Ludwig Hebermehl (Zeichenlehrer am Realgymnasium und a.d. Oberrealschule), Ludwig Hüter (Gymnasium), Siegfried Kann (Dr. phil., StR am Gymnasium), Karl Michel (StR a.d. Oberrealschule), David Sander (Dr. phil., Rabbiner der liberalen jüd. Gemeinde), Otto Weißgerber (StR. a.d. Oberrealschule). In späteren Jahren arbeiteten engagiert mit: August Messer (Ordinarius f. Philosophie u. Pädagogik) u. Dr. Adam Scheurer (Bezirksschule/Goetheschule) sowie Rektor Petri (Volksschule Wieseck). Details zu Organisationsweise u. Entwicklung s.E.D. Nees: Der Deutsche Republikanische Lehrerbund u. seine Aktivitäten in Oberhessen i. Wetterauer Gesch.Bl. Bd. 35, 1986, S. 127 f.

14 Der Wegweiser Jahrg. 1; Nr. 1/2, Sept. 1924; auf Initiative des Dt. Rep. Lehrerbundes wurde am 17.05.1926 in Gießen auch eine republ. Studentengruppe gegründet, s. Der Wegweiser 3. Jahrg., Nr. 3/4, Dez. 1926, Hüter war später maßgeblich am Zustandekommen der Eisernen Front beteiligt.

Widersprüche

In den weiteren Auseinandersetzungen um den Zwischenfall bei der Verfassungsfeier traten Widersprüchlichkeiten zutage. Während der Gießener Anzeiger und der Bericht des Polizeibeamten an die hessische Regierung die Kritik Hüters am früheren monarchischen System und insbesondere an den Hohenzollern als Anlaß für den störenden Weggang der Reichswehr genannt hatten, beruhte die Stellungnahme des Reichswehrministeriums auf einer anderen Begründung. Dort hieß es zunächst auch, es sei keine überparteiliche Rede gehalten worden, dann aber: "In Gießen machte der Redner eine absprechende Bemerkung über den Herrn Reichspräsidenten und kritisierte Mitglieder der Reichsregierung"¹⁵. Der Kommandeur habe sich daher völlig korrekt verhalten. Solche Verschiebung der Rechtfertigungsgründe sollte offensichtlich die Offiziere vom Verdacht mangelnder Republiktreue entlasten. Hüter wehrte sich gegen die neu auftauchenden Vorwürfe. Unter anderem machte er im Berliner Tageblatt ("In eigener Sache") auf die bestehenden Widersprüche aufmerksam und versicherte, die Behauptung des Reichswehrministeriums, er habe den Reichspräsidenten herabgesetzt, sei eine "glatte Unwahrheit". Er formulierte nachdrücklich: "Ich erkläre hiermit öffentlich, daß mich die Unterstellung, ich hätte über den Reichspräsidenten eine absprechende Bemerkung gemacht, schwer beleidigt. Ihn herabzusetzen, wäre für mich ganz unmöglich, da er doch durch das demokratische Wahlrecht zu seiner Würde emporgestiegen ist, und ich würde zur Wahrung meiner persönlichen Ehre gegen den mir unbekanntem Erfinder dieser Nachricht und gegen den Reichswehrminister als Vertreter derselben gerichtlich vorgehen, wenn nicht mein Mißtrauen gegen die deutsche Rechtsprechung bei politischen Beleidigungen ebenso groß wäre, wie das des Reichskanzlers Marx". Seine Bemerkung über Mitglieder der Reichsregierung bezeichnete er als so allgemein, daß seiner Meinung nach für einen Reichswehrkommandanten kein Anlaß gewesen sein könnte, die Festversammlung zu verlassen. Er bekräftigte die Feststellung, den Stein des Anstoßes stelle in Wirklichkeit seine Kritik an Fehlleistungen des vergangenen Systems und des letzten Kaisers dar. Von ihr allerdings Abstand zu nehmen, sah er keinen Grund¹⁶.

Außerdem veröffentlichte Hüter den Wortlaut der Rede im Dezember-Heft des Wegweisers (Zeitschrift des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes), um allen Interessierten die Möglichkeit für die Entscheidung zu geben, "ob ich für etwas anderes als die echte Republik Partei ergriffen habe". Die hinsichtlich des Reichspräsidenten Hindenburg umstrittene Passage lautete im Kontext der Beschreibung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg: "Im Innern aber, ein unseliges Erbe des Völkermordes, rohe blutige Gewalttaten der Links- und Rechtsbolschewisten: Bürgerkrieg und Meuchelorde. Noch schlimmer der moralische Tiefstand zum Teil in sogenannten gebildeten Kreisen, die die demokratische Redefreiheit, die ihnen die Republik schenkte, mit Schimpffreiheit verwechseln. Die öden Witzeleien sogenannter

15 Gießener Anzeiger 20.08.1927, desgl. Darmstädter Zeitung vom Tage.

16 Zitate nach Darmstädter Zeitung 27.08.1927

gebildeter Volksgenossen über den ehemaligen Sattlergesellen sind erst verstummt, als der frühere Kadett durch Volkswahl zur höchsten Stelle des Reiches emporstieg". Bei den als Angriff auf die Reichsregierung beanstandeten Stellen hieß es: "In diesem Sommer 1927 erhob sich das unwürdige Gezänke um den doch eigentlich selbstverständlichen Nationalfeiertag. Seltsamerweise schlug der Reichsinnenminister eine Enquete über Frankreich und Amerika vor. Wir wissen doch alle, wie Frankreich und Amerika ihre Nationalfeste feiern und daß sie ihre Nationalflagge ehren". Und etwas später: "Zu den Herzensrepublikanern, die die Republik geschaffen, gepflegt, behütet und gerettet haben, stießen die Vernunftsrepublikaner. Mitbürger, die mit ihrem Herzen zunächst am alten Staate festhielten - durchaus ehrenvoll für sie - aber dann aus Vernunftsgründen den neuen Staat rückhaltlos anerkannten. Im letzten Jahre sind die Mußrepublikaner dazu gekommen. Die Zwangsläufigkeit der Verhältnisse war stärker als die Abneigung gegen die Republik. Die große monarchistische Oppositionspartei (DNVP) ist um ihrer Interessen willen in die republikanische Regierung eingetreten, die Reichsminister, die sie stellte, haben den Eid auf die Verfassung abgelegt. Die Partei verspricht in ihren Richtlinien Einstellung der Schmähungen gegen Schwarz-Rot-Gold und äußerte Achtung vor den Reichsfarben. Partei und Minister stimmen zum Schutze der Republik der weiter dauernden Verbannung Wilhelms II. aus Deutschland zu. Freilich ohne innere Zwiespältigkeit geht es dabei nicht ab: Das Getöbe in der Rechtspresse gegen die Beflaggung von Gemeindedienststellen in Preußen mit den Reichsfarben! Die Gegner dieser Verordnung tun ja so, als ob die Freiheit der Stadtgemeinden, für die sie doch früher wenig übrig hatten, bedroht sei durch die Verordnung der Beflaggung. Die Herzensrepublikaner werden daher diesen Auch-Republikanern Mißtrauen und Vorsicht entgegenbringen, aber auch duldsame Nachsicht".

Man kann wohl unschwer der angesehenen Frankfurter Zeitung zustimmen, die nach Analyse der Rede und besonders der zuvor zitierten Stellen ihr Unverständnis darüber äußerte, daß aus Hüters Ausführungen eine Beleidigung des Reichspräsidenten und parteipolitisch einseitige, scharfe Kritik an Mitgliedern der Reichsregierung herauszulesen sei. Sie resümierte: "Es muß einem Republikaner in der Verfassungsfeier erlaubt sein, seinem republikanischen Empfinden auch Ausdruck zu geben. Er kann nicht völlig farblos sprechen. Eine Reichswehr, die in jeder republikanischen Redewendung eine für sie unerträgliche parteipolitische Stellungnahme sieht, dagegen, wie doch wirklich zur Genüge bekannt, sich in monarchistischen Gedankenkreisen gerne aufhält, verscherzt sich immer mehr das Vertrauen des Volkes"¹⁷.

Hüter wollte klar Stellung beziehen, er haßte ja, wie schon gezeigt, Halbheiten. Die Manifestation seiner republikanischen Überzeugung sollte werbend und ermutigend wirken. Bösertige Geschichtsklitterung und Hetze gegen die "Novemberverbrecher" und ihren "internationalen Anhang", gegen die "schwarz-rot-gelbe Judenrepublik" forderten seine Reaktion

17 zitiert nach Darmstädter Zeitung 23.08.1927; einen Zwischenfall mit der Reichswehr hat es auch in Donaueschingen gegeben, er wird hier nicht berücksichtigt.

heraus. Zulange war ihm die deutsche Geschichte nur als dynastische Geschichte dargestellt worden. Zuviel wurde seiner Meinung nach noch immer beschönigt, verschwiegen, verfälscht und verkannt. In diesen Zusammenhang ist seine tatsächlich in der Rede enthaltene eindeutige Kritik an den Hohenzollern und speziell an Wilhelm II. zu stellen¹⁸. Er wollte die Blicke auf demokratische Strömungen lenken und zeigen, wie entschieden gegen sie vorgegangen worden war. Wenn Rechtsparteien und Reichswehrministerium Überparteilichkeit der Verfassungsfeiern forderten, konnte dies für Hüter nur bedeuten, daß sie nicht im Sinne lediglich einer einzigen republikanischen Partei zu gestalten seien. Ein andersgearteter "Kompromiß", ein künstliches, quietistisches Überkleistern grundlegender Gegensätze kam für ihn nicht in Frage.

Die geschilderten Widersprüchlichkeiten wurden nicht aufgeklärt. Die Standpunkte blieben unvermindert konträr. Amtliche Stellen kümmerten sich nicht mehr um die Angelegenheit, offiziell galt sie als erledigt. Ludwig Hüter und seine Freunde fühlten sich freilich zunehmend beunruhigt durch "die sich um einen politischen Abenteurer scharenden chaotischen Geister". Sie begriffen bald, wie sehr es nicht allein um die Existenz von Republik und Verfassung ging. "Was an edlen Geisteswerten die Besten unseres Volkes uns und der Menschheit geschenkt haben, droht von einem fanatisierten, der Dämonie der Gewalt ergebenen Radikalismus weggefegt zu werden"¹⁹.

Leider mußten sie erleben, daß ihr Kampf gegen "boshafte Neid, nationalistische Überheblichkeit und schauderhaften Rassenfanatismus" vergebens war.

18 Im Sinne einer neuen Geschichtsbetrachtung hielt Hüter an verschiedenen Orten Vorträge, u.a. mit den Themen: Bismarck u. sein Werk in geschichtl. Beleuchtung; Fürsten u. Volk in der deutschen Geschichte des 18. u. 19. Jahrhunderts; Fürsten und Volk, Längsschnitte durch die Geschichte.

19 Der Wegweiser 7. Jahrg. Nr. 4/5, August 1930, S. 136.